



22. Juli 2025

Niederschrift

**über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz (16/20)
am 30. Juni 2025**

Landtag, Saal 7

Platz der Mainzer Republik 1, 55116 Mainz

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Dauer: 9.30 Uhr - 12.30 Uhr

Festgestellte Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 7. April 2025
4. Vorstellung des 4. Kinder- und Jugendberichts (Prof. Tanja Betz, Uni Mainz)
5. Information aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses
6. Information der Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
7. Statistische Auswertung zu unbegleiteten Minderjährigen und Migrationsbewegung
8. Vorlage Nr. 34: Festsetzung des Barbetrages (Taschengeld) zur persönlichen Verfügung für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen außerhalb des Elternhauses gemäß § 39 Abs. 2 SGB VIII
9. Vorlage Nr. 35: Stellungnahme zum Entwurf des Kita-Bau-Kompodiums in Rheinland-Pfalz
10. Vorlage Nr. 32: Finanzielle Mittel und Sensibilisierung für Menstruationsgerechtigkeit in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
11. Vorlage Nr. 33: Empfehlungen für die Zusammenarbeit im gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz in Rheinland-Pfalz
12. Verschiedenes



zu TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Albrecht Bähr eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Professorin Tanja Betz.

Er weist auf einen Beschluss der Bundesregierung hin, durch den der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt wird. Der Vorsitzende hält dies für eine problematische Entscheidung, da hierbei das Wohl der Kinder nicht berücksichtigt wird und Familien auseinandergerissen werden.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Auf Vorschlag des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration soll Paul Berens vom BDKJ Trier als Vertreter der Jugendverbände als stimmberechtigtes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss berufen werden. Er tritt die Nachfolge von Lena Kettel an.

Das Benehmen im Landesjugendhilfeausschuss wird einvernehmlich hergestellt. Paul Berens wird einstimmig in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt.

Der Fachausschuss 2 beantragt die Aufnahme von Emilia Roth vom Landesverband Kindertagespflege Rheinland-Pfalz e.V. als Mitglied in den Fachausschuss 2. Sie tritt die Nachfolge von Jutta Neideck an, die den Vorsitz im Landesverband abgegeben hat und aus dem Fachausschuss 2 zurückgetreten ist.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, Emilia Roth in den Fachausschuss 2 zu wählen.

zu TOP 2: Festlegung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgelegt.

zu TOP 3: Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 7. April 2025

Die Niederschrift über die Sitzung vom 7. April 2025 wird ohne Änderungen einstimmig angenommen.

zu TOP 4: Vorstellung des 4. Kinder- und Jugendberichts (Prof. Tanja Betz, Uni Mainz)

Professorin Betz stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse des 4. Kinder- und Jugendberichts vor.

Herr Bähr lobt die Arbeit von Frau Betz für die Benennung der entscheidenden Punkte, die eine ernstzunehmende Partizipation von jungen Menschen ab dem 4. Lebensjahr überhaupt ermöglichen. Er stellt fest, dass Menschen mit Beeinträchtigungen nicht explizit im Bericht berücksichtigt wurden.

Frau Betz erklärt, dass die jungen Menschen mit Beeinträchtigungen wie alle anderen jungen Menschen an der Befragung mit dem Themenschwerpunkt „Beteiligung“ teilgenommen haben. Die Situation von jungen Menschen mit Beeinträchtigungen wurde im Rahmen des 3. Kinder- und Jugendberichts zum Thema „Inklusion“ ausführlich beleuchtet.

Herr Steinberg lobt die weitreichende Beteiligung von Jugendlichen und Kindern bereits ab vier Jahren bei der Erarbeitung des Berichts. Er betont, dass sich in Rheinland-Pfalz bezüglich der Beteiligung von jungen Menschen in den letzten Jahren viel getan habe und unterstützt die Empfehlungen im Bericht.

Herr Bähr äußert sich besorgt über die zukünftige demografische Entwicklung, wonach der Anteil der Jugendlichen im Vergleich zu den anderen Generationen sinkt, was den partizipativen Prozess erschwere. Er möchte wissen, ob es Erkenntnisse dazu gibt, ob die Beteiligung von Kindern im Bereich der Familie rückläufig ist.

Herr Steinberg ergänzt, dass es zudem auch immer weniger Eltern gebe, die für ihre Kinder politisch aktiv werden können.

Frau Betz weist daraufhin, dass die Rolle der Eltern für den Bericht nicht untersucht wurde, da sich mehr auf den öffentlichen als auf den privaten Bereich konzentriert wurde. Sie merkt zudem an, dass eine Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung schwierig sei, da sich alles sehr schnell verändere. Allerdings bestehe zwischen Kita und Schule ein großer Unterschied bei der Beteiligung. Außerdem sei es für die Eltern schwierig, sich bei allen privaten Aufgaben und Herausforderungen in alles einzubringen.

Frau Roth (Bildungsministerium) gibt zu bedenken, dass die Beteiligung auch Veränderungsbereitschaft voraussetze. Zudem möchte sie wissen, ob die Forschungsergebnisse wieder in die Diskursgruppen zurückgegeben werden.

Frau Egger-Otholt fragt nach einem möglichen Unterschied zwischen der selbstengagierten Beteiligung von jungen Menschen und der Vorgabe von Beteiligungsformaten durch Erwachsene hinsichtlich des Eindrucks von jungen Menschen, dass ihre Wünsche nicht berücksichtigt werden.

Frau Völcker lobt den 4. Kinder- und Jugendbericht. Sie freut sich auf den weiteren Diskurs in den Fachausschüssen und die daraus resultierenden Erkenntnisse sowie Themen für den Landesjugendhilfeausschuss.

Herr Schumacher möchte wissen, ob die im Rahmen des neuen Kita-Gesetzes neu entstandenen Gremien, bei denen auch die Perspektive der Kinder eine Rolle spiele, untersucht wurden.

Frau Graeff berichtet, dass in der Praxis immer mehr sehr kreative Beteiligungsformate eingeführt werden. Sie fragt sich wie im Rahmen der Beteiligung mit Beschwerden umgegangen wird, um eine Änderung der Situation herbeizuführen.

Herr Bähr ergänzt die Frage, wie die Partizipationsbereitschaft in Bezug auf die Aus- und Fortbildungen aussehe.

Frau Gohl fragt nach Beispielen, wie der Beteiligungsrahmen aussehen müsse, damit sich die Kinder und Jugendlichen als selbstwirksam erleben.

Frau Prof.in Betz erklärt bezüglich der Veränderungsbereitschaft, dass allgemein große Offenheit herrsche. Allerdings gäbe es viele Berichte von Fachkräften, die sich an der Belastungsgrenze befänden und zu wenig Ressourcen haben. Die Empfehlungen zielen daher nicht auf eine Haltungsänderung der Personen ab, sondern auf eine Änderung des Systems, der Verfahren und Strukturen zur Unterstützung der Personen.

Des Weiteren betont Frau Betz, dass sie und ihr Team möglichst auf alle Einladungen reagieren wollen und viele Veranstaltungen durchführen, um die Ergebnisse des 4. Kinder- und Jugendberichts vorzustellen. Zudem werde der Bericht in einfache Sprache übersetzt. Einen Unterschied zwischen dem Selbstengagement von Jugendlichen und der Einladung durch Erwachsene konnte nicht festgestellt werden. Frau Betz ist der Meinung, dass beide Vorgehensweisen wichtig sind.

Zudem müsse man darauf achten, dass die Bedingungen für bestimmte Gruppen und Minderheiten strukturell verbessert werden. Hierfür müsse es eine politische Lösung geben im Zusammenspiel mit pädagogischen Ansätzen. Sie verweist hierzu auf ein Kapitel im Bericht, in dem die Strukturbedingungen ausführlich dargestellt werden.

Die neuen Gremien im Bereich der Kindertagesstätten wurden nicht speziell untersucht. Des Weiteren bestätigt sie den Eindruck, dass die Beschwerdestellen als nicht besonders wirksam angesehen werden. Sie sieht hier ein strukturelles Problem bezüglich der Qualitätssicherung. Partizipation dürfe ihrer Meinung nach keine Option sein, sondern müsse rechtlich festgeschrieben sein. Man müsse dieses Recht einfordern und die Personen dabei unterstützen, sich mit diesem Recht positiv für die Lebensbedingungen von jungen Menschen einzusetzen.

In Bezug auf die Aus- und Fortbildungen merkt sie an, dass die Fachkräfte bereits sehr sensibel für das Thema „Beteiligung“ seien. Man brauche in der Praxis viel Geduld und viele Rückmeldungsschleifen.

Bezüglich der Selbstwirksamkeit wurden für den Bericht keine Positivbeispiele gesammelt, sondern die Herausforderungen und Schwierigkeiten herausgearbeitet, aus denen am Ende acht Ansatzpunkte formuliert wurden. Zudem gebe es Praxisbeispiele an anderen Stellen und die Qualitätskriterien Kinder- und Jugendbeteiligung auf Bundesebene. Frau Betz hat den Eindruck, dass sich die beteiligten Kinder innerhalb der gesteckten Grenzen selbstwirksam fühlen.

Herr Bähr dankt Frau Betz für den Vortrag und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg mit dem Bericht.

zu TOP 5: Information aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Fachausschuss 1

Herr Steinberg berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses 1 vom 11. Juni 2025. Auf die Berichtsvorlage sowie die TOPs 10 und 11 wird verwiesen.

Fachausschuss 2

Herr Wiechmann berichtet stellvertretend für Herrn Prof. Dr. Haderlein aus der Sitzung des Fachausschusses 2 vom 12. Juni 2025. Auf die Berichtsvorlage sowie den TOP 9 wird verwiesen.

Fachausschuss 3

Frau Völcker berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses 3 vom 2. Juni 2025. Auf die Berichtsvorlage wird verwiesen.

Zudem informiert sie über einen Vortrag von Prof. Dr. El-Mafaalani (TU Dortmund) im Rahmen des DJHT am 16. Juni 2025 über die soziologischen Perspektiven von Kindheit und Jugend in Deutschland. Sie regt an, sich den Vortrag im Landesjugendhilfeausschuss anzuhören.

zu TOP 6: Information der Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes

Frau Porr informiert aus dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration zu folgenden Themen:

- **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**

Seit dem 6. Mai 2025 ist Karin Prien die neue Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch die Organisationsstruktur des BMFSFJ wurde geändert. Es wurde eine neue Abteilung für „Frühkindliche Bildung und Schulische Bildung“ geschaffen.

Frau Porr berichtet über einen Vortrag der Bundesministerin auf dem DJHT, in dem diese verdeutlichte, dass sie sich der Bedeutung und der Vielfältigkeit der Kinder- und Jugendhilfe bewusst sei. Eines ihrer wichtigsten Themen werde die „Inklusive Kinder- und Jugendhilfe“ sein.

- **Bundesratsbeschlüsse**

- **Unbegleitete ausländische Minderjährige**

Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration hat die Bundesregierung aufgefordert, die bestehenden Regelungen auf Rechtsänderungen in Bezug auf Vereinfachungen und Klarstellungen im Rahmen der Administration und Kostenerstattung zu prüfen.

- **Prävention in der Gesundheit von jungen Menschen**

Es wurde ein umfassender Antrag zu dieser Thematik durch das Bundesland Hamburg eingebracht.

- **Komplexe Hilfe für schwierige junge Menschen**
Der Beschlussvorschlag beschäftigt sich mit rechtskreisübergreifenden Hilfen und Finanzierungsmöglichkeiten.
- **Jugendarbeit**
Es wurde ein Beschlussvorschlag zum Umgang mit dem Neutralitätsgebot eingebracht.
- **18. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT)**
Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration war auf der Messe mit einem eigenen Stand vertreten und wurde vor Ort durch den Landesjugendbeirat unterstützt. Dieser berichtete im Rahmen einer Veranstaltung zur Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe aus seiner Perspektive über die Bedeutung von Teilhabe und stieß bei den anderen Bundesländern auf großes Interesse.

Frau Roth berichtet aus dem Ministerium für Bildung zu folgenden Themen:

- **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**
Im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gibt es bislang die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte, die nun in die neue Abteilung für Frühkindliche Bildung und Schulische Bildung des BMFSFJ übergeht.
Zum Vortrag von Bundesministerin Prien auf dem DJHT berichtet Frau Roth, dass Frau Prien zusammen mit Frau Dr. Hubig und der Bildungsministerin aus Baden-Württemberg eine Schrift der Wübben-Stiftung „Bildung besser denken 2035“ veröffentlicht hat.
Gemäß dem Koalitionsvertrag soll zu Beginn des Jahres 2026 ein Qualitätsentwicklungsgesetz auf den Weg gebracht werden, um Sprach-Kitas und Startchancen-Kitas zusätzlich zu fördern und die Fachkräftegewinnung zu unterstützen. Das Gesetz soll 2027 in Kraft treten.
- **Fachkräftekampagne**
Derzeit laufen Radiospots für den Beruf des Erziehers/der Erzieherin. Diese Beiträge beinhalten Interviews mit Bildungsminister Teuber sowie einer Kita in Lahnstein, die viel Erfahrung in der Arbeit mit multiprofessionellen Teams hat.

- **Neue Schulordnung und Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe**

Frau Völcker war zur Beschulung von Kindern mit dem Förderbedarf sozial-emotionaler Entwicklung aufgefallen, dass es massiv an Schulplätzen fehle, bzw. bei Personalmangel in den Tagesgruppen die Schulen diese Kinder nicht aufnehmen, wodurch dann die stationäre Aufnahme oft nicht erfolgen kann. Sie bat daher in der letzten Sitzung des Fachausschusses 3 das Ministerium für Bildung, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen.

Das Thema wurde in der Jugendamtsleitertagung behandelt und wird auch im Ministerium bearbeitet. Frau Roth bietet zur Abklärung des weiteren Vorgehens einen Austausch an.

Herr Wiechmann informiert stellvertretend für Frau Karalia aus dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Transformation und Digitalisierung über die Onlinebefragung zur Fortschreibung des Landesaktionsplans für Menschen mit Behinderungen.

Im Rahmen des Landesaktionsplans geht es um die Förderung von Rechten und die Würde von Menschen mit Behinderungen sowie den Abbau von Hindernissen, die Menschen mit Behinderungen im täglichen Alltag daran hindern, ihre Grundrechte gleichberechtigt in Anspruch nehmen zu können. Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland im Jahr 2010 einen Landesaktionsplan zur Umsetzung dieser Rechte von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Dieser wurde bisher alle fünf Jahre fortgeschrieben. Aktuell findet eine Umfrage zur Umsetzung des Landesaktionsplans statt. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Transformation und Digitalisierung bittet um rege Beteiligung bis zum 31. Juli 2025.

Die Teilnahme an der Onlinebefragung ist über folgenden Link möglich: <https://transfer.limequery.com/257982?lang=de>

Für die Verwaltung des Landesjugendamtes berichtet Frau Egger-Otholt zu den folgenden Themen:

- **Vorstellung des 4. Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz**

Am 4. September 2025 wird Frau Prof.in Betz den 4. Kinder- und Jugendbericht in Koblenz vorstellen. Der Fachtag richtet sich an die Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit sowie an die Fachkräfte aus allen Bereichen der Hilfen zur Erziehung. Es handelt sich um eine ganztägige Veranstaltung mit Workshops und Praxisbeispielen.

- **JES! mit PEP vor Ort 4**

Am 7. Mai 2025 fand die Auftaktveranstaltung zu PEP vor Ort 4 statt. Der Landkreis Cochem-Zell, der Landkreis Germersheim, der Landkreis Mainz-Bingen und die Stadt Neustadt an der Weinstraße nehmen an dem Projekt teil. Im Rahmen des Projektes werden Fachkräfte gestärkt, unterstützt und ausgebildet, sich mit Beteiligungsformaten auseinanderzusetzen. Zudem entwickelt jede Kommune ein selbst gewähltes Projekt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene und setzt dieses um.

- **Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen**

Das Gesetz tritt am 1. Juli 2025 in Kraft. Das Ziel ist die Bekämpfung von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie die Aufarbeitung von in der Vergangenheit geschehener sexueller Gewalt. Dazu wird das „Amt der unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch“ im Gesetz verankert und es werden einige Maßnahmen vorgegeben. Der neue § 9c SGB VIII wird dabei auch Auswirkungen auf die freien Träger und die Kommunen haben. Dieser legt eine Aufbewahrungszeit von insgesamt 100 Jahren für alle relevanten Erziehungshilfe-, Eingliederungshilfe-, Heim- und Vormundschaftsakten fest und verpflichtet die Kommunen, Vereinbarungen mit den Trägern zur Umsetzung dieser Aufbewahrungsfrist zu treffen.

Ein kurzer Beitrag zum Gesetz befindet sich im LJA Info von April 2025. Zudem erarbeitet die Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter derzeit eine entsprechende Arbeitshilfe, die voraussichtlich im Herbst veröffentlicht werden soll. Auch in der Zeitschrift „Das Jugendamt“ im Juni und Juli wird die Umsetzung des Gesetzes mit drei Artikeln behandelt.

zu TOP 7: Statistische Auswertung zu unbegleiteten Minderjährigen und Migrationsbewegungen

Herr Baumann, Leiter des Bereichs Kompetenzzentrum unbegleitete minderjährige Ausländer beim Landesjugendamt, stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die aktuellen Entwicklungen zu unbegleiteten Minderjährigen und Migrationsbewegungen vor.

Herr Ulrich merkt an, dass es sich bei den minderjährigen Flüchtlingen aus der Ukraine hauptsächlich um junge Männer handelt, die von ihren Eltern ins Ausland geschickt werden, um keinen Militärdienst leisten zu müssen. Er möchte wissen, ob das Kompetenzzentrum umA diese Entwicklung bestätigen kann.

Herr Baumann stimmt Herrn Ulrich zu und ergänzt, dass im Vergleich zu anderen Herkunftsländern auch viele weibliche unbegleitete Minderjährige aus der Ukraine nach Deutschland kommen.

zu TOP 8: Vorlage Nr. 34: Festsetzung des Barbetrages (Taschengeld) zur persönlichen Verfügung für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen außerhalb des Elternhauses gemäß § 39 Abs. 2 SGB VIII

Frau Grogro stellt die Festsetzung des Barbetrages (Taschengeld) zur persönlichen Verfügung für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen außerhalb des Elternhauses gemäß § 39 Abs. 2 SGB VIII für junge Menschen in Einrichtungen vor. Das Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde bereits mit Nachricht vom 27. Juni 2025 hergestellt.

Frau Storch möchte wissen, ob durch den Barbetrag auch der Erwerb von Periodenartikeln gedeckt ist.

Frau Grogro erklärt, dass der Barbetrag alles einschließt, was über die entsprechende Entgeltverhandlung zwischen Einrichtung und öffentlichem Träger abgedeckt ist. Alles darüber hinaus sei durch die jungen Menschen zu finanzieren.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Neufassung des Barbetrages zur persönlichen Verfügung ab 1. Oktober 2025 gemäß § 39 Abs. 2 SGB VIII für junge Menschen, die Hilfe zur Erziehung nach §§ 34, 35, 35a Abs. 1 S. 2 Nr. 4 und § 41 SGB VIII in Einrichtungen außerhalb des Elternhauses erhalten.

zu TOP 9: Vorlage Nr. 35: Stellungnahme zum Entwurf des Kita-Bau-Kompends in Rheinland-Pfalz

Herr Wiechmann stellt die Stellungnahme zum Entwurf des Kita-Bau-Kompends in Rheinland-Pfalz vor.

Frau Graeff weist darauf hin, dass man sich bei der Verabschiedung Gedanken machen müsse, mit welcher Botschaft das Kita-Bau-Kompendum veröffentlicht werden soll, da viele Kommunen große Bedenken bezüglich der Umsetzbarkeit haben.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, die Ausarbeitung des Kita-Baukompends zu begrüßen und zu würdigen und regt an, die sogenannte Phase 0 als zentrales Element noch deutlicher hervorzuheben. Er befürwortet die mögliche gemeinsame Herausgeberschaft der Verantwortungsgemeinschaft. Gleichzeitig dankt der Landesjugendhilfeausschuss der intensiven zweijährigen Arbeit besonders der Mitglieder der AG Raumkonzepte.

zu TOP 10: Vorlage Nr. 32: Finanzielle Mittel und Sensibilisierung für Menstruationsgerechtigkeit in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Herr Steinberg stellt das Papier „Ausbau und Verstetigung der finanziellen Mittel und Sensibilisierung für Menstruationsgerechtigkeit in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“ sowie das dazugehörige Hintergrundpapier vor.

Er merkt zudem an, dass die Frage der Finanzierung nicht durch den Fachausschuss 1 geklärt werden kann und daher nicht im Papier behandelt wird.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt mit zwei Enthaltungen den Beschlussvorschlag „Ausbau und Verstetigung der finanziellen Mittel und Sensibilisierung für Menstruationsgerechtigkeit in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz“.

zu TOP 11: Vorlage Nr. 33: Empfehlungen für die Zusammenarbeit im gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz in Rheinland-Pfalz

Frau Leiter vom Landesjugendamt fasst die Hintergründe des Papiers zusammen. Demnach beschloss der Landesjugendhilfeausschuss in der Sitzung am 18. Juni 2018 der 15. Legislaturperiode die „Empfehlungen zum Kinder- und Jugendschutz“ aus dem Jahr

2004 zu überarbeiten, die in der Sitzung am 26. April 2021 beschlossen wurden. Im Rahmen der Überarbeitung wurde der Fachausschuss 1 in der Sitzung am 16. September 2019 damit beauftragt, die „Empfehlungen zur Zusammenarbeit im Kinder- und Jugendschutz“ ebenfalls zu überarbeiten.

Anschließend stellt sie die Überarbeitung vor. Neben inhaltlichen und formalen Aktualisierungen wurden Handlungsempfehlungen zum Thema „Testkäufe“ inklusive eines Muster-Protokollbogens neu in das Papier aufgenommen.

Die Veröffentlichung wird nur online erfolgen.

Herr Ulrich begrüßt und befürwortet die überarbeiteten Empfehlungen, insbesondere die Aufnahme der Handlungsempfehlungen zu Testkäufen.

Herr Wiechmann informiert, dass vor der Veröffentlichung noch ein Vorwort des Landesjugendhilfeausschusses eingefügt wird.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die „Empfehlungen für die Zusammenarbeit im gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz in Rheinland-Pfalz“.

zu TOP 12: Verschiedenes

Frau Völcker macht den Landesjugendhilfeausschuss auf einen offenen Brief der vier Erziehungshilfeschwerpunkte AFET, BVKE, EREV und IGfH vom 16. Juni 2025 aufmerksam. Dieser ist eine Reaktion auf die Rede von Bundeskanzler Merz am 3. Juni 2025 auf dem Kommunalkongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin. In seiner Rede äußerte sich Bundeskanzler Merz kritisch über die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe. Der offene Brief legt die Gründe für die Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe dar und betont, dass die Haushaltslage der Kommunen verbessert werden müsse.

Des Weiteren veranstalten die Diakonissen Speyer am 16. September 2025 den 3. Kinder- und Jugendhilfeschwerpunkttag zum Thema „Zukunft innovativ gestalten“ in Speyer.

Herr Bähr kritisiert bezüglich der Debatte um die finanziellen Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe, dass nur die ökonomische Fragestellung thematisiert wurde, ohne sich über die Gründe der steigenden Kosten Gedanken zu machen. Er betont, dass die Investition in die Kinder- und Jugendhilfe volkswirtschaftlich viel mehr ersparen würde und es nicht um Kostenfaktoren, sondern um Individuen gehe, die nicht aufgrund eigener Schuld Unterstützung brauchen und ein Recht auf Förderung haben.

Herr Simon stimmt der Aussage von Herr Bähr zu und mahnt zur Wachsamkeit.

Frau Völcker betont ergänzend, dass die Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe wirtschaftlich relevant seien und die Finanzen im Gesamtkontext sowie aufgrund der bundespolitischen Debatte in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt werden müssen.

Herr Lohest informiert, dass der Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes in Kooperation mit dem Landeskriminalamt und der Landesmedienanstalt in den nächsten zwei Jahren einen Schwerpunkt auf das Thema „Cybergrooming“ legen wird. Hierbei

sind derzeit drei Aktionsphasen geplant: So sollen zu Schuljahresbeginn alle Grundschulen in Rheinland-Pfalz mit einer Informationsbroschüre zum Thema „Cybergrooming“ ausgestattet werden. Für die weiterführenden Schulen soll im nächsten Jahr ein Theaterstück des Deutschen Kinderschutzbundes in Mecklenburg-Vorpommern nach Rheinland-Pfalz gebracht werden. Dieses soll im Jahr 2027 dann wiederum für ältere Schüler/innen umgestaltet werden.

Herr Ulrich teilt den Anwesenden seinen bevorstehenden Ruhestand Ende Oktober 2025 mit. Da er an der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses im September nicht teilnehmen kann, verabschiedet er sich bereits jetzt. Herr Ulrich war seit 2010 Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss. Er erklärt, dass er besonders das enge Netzwerk der Akteurinnen und Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe schätzt und resümiert, wie sich aus seiner Sicht die Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren weiterentwickelt und verbessert hat.

Des Weiteren weist Herr Ulrich auf die vielen „offenen Baustellen“ hin, um die sich noch gekümmert werden müsse. Er betont, dass die Kommunen sehr viel stemmen, im Gegenzug aber auch entsprechend ausgestattet werden müssen, um die Leistungen erbringen zu können.

Abschließend bedankt er sich bei allen für die gute Zusammenarbeit.

Herr Bähr dankt Herrn Ulrich im Namen des Landesjugendhilfeausschusses für seine konstruktiven, kritischen und in manchen Punkten streitbaren Argumente. Er lobt die Art und Weise seiner kontinuierlichen Beteiligung im Landesjugendhilfeausschuss als sehr bereichernd und wünscht ihm eine gute Zeit.

Abschließend wünscht der Vorsitzende allen Anwesenden einen erfrischenden Sommer.

Die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses findet am 15. September 2025 statt.

Protokollführerin
gez.
Svenja Tegel

Vorsitzender
gez.
Albrecht Bähr